



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## POLEN UND DIE FLÜCHTLINGSKRISE

- **ANALYSE**  
Flüchtlingskrise und Wahlkampf.  
Tiefe Gräben in Gesellschaft, Politik und Kirche 2  
Reinhold Vetter, Warschau/Berlin
  - **ESSAY**  
Immigranten – Chance oder Problem? 7  
Zbigniew Bujak, Warschau
  - **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**  
Umfragen zur Einstellung gegenüber Flüchtlingen 11
- 
- **CHRONIK**  
15. September 2015 – 5. Oktober 2015 15

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung  
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT

DEUTSCHES  
POLEN  
INSTITUT



Forschungsstelle  
Osteuropa

DGO

▶ Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

## Flüchtlingskrise und Wahlkampf. Tiefe Gräben in Gesellschaft, Politik und Kirche

Reinhold Vetter, Warschau/Berlin

### Zusammenfassung

Auch für Polen ist die Flüchtlingskrise eine Stunde der Wahrheit. Schärfer als bislang treten Denkstrukturen und Meinungen bezüglich Migration hervor – auch wenn die großen Flüchtlingsströme aus Nahost Polen vorerst nicht betroffen haben. Dabei zeigen sich tiefe Gräben in Gesellschaft, Politik und Kirche. Der Wahlkampf vergrößert die öffentliche Debatte. Speerspitze der Fremdenfeindlichkeit ist die nationalkonservative Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* von Jarosław Kaczyński, die in ihrer Haltung zu Muslimen nur noch von kleineren rechtsradikalen Gruppierungen übertroffen wird. Ministerpräsidentin Ewa Kopacz hat nach langem Zögern zu einem europäischen Kurs in der Flüchtlingsfrage gefunden. Die im Westen und gerade auch in Deutschland gegenüber Polen vorgebrachte Kritik greift zu kurz bzw. ist undifferenziert, weil sie die historischen und gesellschaftspolitischen Hintergründe der Angst vieler Polen vor Fremdheit außer Acht lässt.

Noch vor Wochen schien es so, als würden vor allem die Schwächen der regierenden *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* sowie wirtschaftliche und soziale Probleme den polnischen Wahlkampf dominieren. Doch dann, kurz vor den Parlamentswahlen am 25. Oktober, rückte auch in Polen die europäische Flüchtlingskrise ins Zentrum der öffentlichen Debatte. Kein Tag verging, an dem nicht Politiker aller Parteien das Thema aufgriffen und als Wahlkampfmunition einsetzen. Das Drama der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und die Schwächen der europäischen Migrationspolitik bestimmten die Schlagzeilen der Zeitungen, die Nachrichtensendungen in Hörfunk und Fernsehen sowie die Internetportale. Viele Gespräche im Alltag drehten sich um dieses Thema. Nach und nach versuchten Wissenschaftler und Migrationsexperten, Licht ins Dunkel zu bringen und vor allem jene Bürger, die von Verunsicherung und Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung geplagt werden, mit realen Fakten und Hintergrundinformationen zu versorgen. Auf Initiative der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« gaben 40 Medien einen Almanach zur Flüchtlingskrise heraus.

### Wie viele sind gekommen, wie viele könnten noch kommen?

Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) in Warschau hielten sich im ersten Halbjahr 2014 zeitweise oder längerfristig gut 80.000 Migranten in Polen auf. Ministerpräsidentin Ewa Kopacz nannte inzwischen eine Zahl von 0,3 Prozent der Einwohner, das sind etwa 115.000 Personen. Außenminister Grzegorz Schetyna sprach in einem Zeitungsbeitrag sogar von »mehreren hunderttausend Migranten«. Letzteres dürfte der Wahrheit am nächsten kommen. Fachleute wie Łukasz Komuda von der Stiftung für Sozial-Ökonomische Initiativen (*Fun-*

*dacja Inicjatyw Społeczno-Ekologicznych*) gehen davon aus, dass sich gegenwärtig etwa 400.000 Migranten in Polen aufhalten, vor allem Arbeitsmigranten mit und ohne Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis, in geringerem Maße auch Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge. Sie kommen vor allem aus der Ukraine, der Republik Moldau, Belarus, Georgien, Armenien, Tschetschenien, Dagestan, Usbekistan und Tadschikistan. Zur Erinnerung: Polens Bevölkerungszahl liegt aktuell bei 38 Millionen. Die Zahlen zeigen, dass der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung in Polen weit unter den entsprechenden Werten in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und Großbritannien liegt.

Natürlich ist nicht auszuschließen, dass Flüchtlinge aus dem Nahen Osten künftig auch den langen Weg über Rumänien und die Ukraine wählen werden, um insbesondere nach Deutschland zu kommen. Das hängt von der jeweiligen Lage in Transitländern wie Serbien, Kroatien, Slowenien und Ungarn ab, ebenso davon, wie schnell es der EU gelingt, an ihren Außengrenzen Sammelstellen (»hotspots«) einzurichten. Auf diesem Weg könnten dann auch weitaus mehr Flüchtlinge nach Polen gelangen bzw. den Weg durch Polen wählen.

Wie ging Polen bislang mit den Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden um? Polen hat die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 unterzeichnet und sich per Gesetz im Jahr 2003 verpflichtet, jenen Flüchtlingen auf polnischem Territorium Schutz zu gewähren, die in ihrer Heimat Verfolgungen oder gar Todesgefahren ausgesetzt sind. Damit verbunden sind die Bereitstellung einer menschenwürdigen Unterkunft, die Gewährleistung medizinischer Versorgung sowie die Auszahlung eines kleineren Geldbetrages für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Flüchtlinge sind nicht verpflichtet, in einem der Aufnahmelager zu bleiben, sondern können entsprechend ihren Möglichkeiten selbst Wohnraum

anmieten. Gegenwärtig existieren elf solcher bewachten Lager, die hauptsächlich im Osten des Landes lokalisiert sind. Aktuell halten sich dort etwa 1.600 Personen auf, weitere 500 Plätze können noch belegt werden. 80 Prozent derjenigen, die sich dort aufhalten, wollen weiter in den Westen. Die Behörden organisieren individuelle Integrationsprogramme, etwa einfachen Sprachunterricht, die in der Regel von etwa 30 Prozent derjenigen genutzt werden, die sich in den Lagern aufhalten.

Menschenrechtsorganisationen wie die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte (*Helsinkińska Fundacja Praw Człowieka*) haben wiederholt Kritik an den ihrer Meinung nach unwürdigen Lebensbedingungen in den Lagern, den langwierigen Prüfungs- und Entscheidungsprozeduren sowie den mehr schlecht als recht funktionierenden Integrationsprogrammen geübt. Mehrfach kam es bereits zu Hungerstreiks in den Lagern. Bekannt ist auch, dass der Zustand der Isolation immer wieder zu Depressionen und Konflikten führt. Kritisiert wird außerdem die Vorschrift, dass die in den Lagern wohnenden Flüchtlinge in den ersten sechs Monaten nicht das Recht haben, legal eine Arbeit aufzunehmen. De facto, so heißt es, laste die Hauptverantwortung für die Integration auf Nichtregierungsorganisationen. Das gelte für die praktische Lebenshilfe, Rechtsberatung und Kinderbetreuung ebenso wie für sprachliche und kulturelle Orientierungshilfe.

Stellt man diverse Faktoren und Ressourcen in Rechnung, dann ist Polen durchaus in der Lage, eine weitaus größere Zahl von Flüchtlingen als bislang aufzunehmen. In der Ausländerbehörde (*Urząd do Spraw Cudzoziemców*) heißt es, man könne die Flüchtlingslager relativ schnell um 2.000 Plätze aufstocken. Im Notfall würde man auf Einrichtungen der Woiwodschaften wie Turnhallen zurückgreifen und so bis zu 30.000 Menschen unterbringen können. Allerdings, so wird auch betont, fehle es bislang auch an entsprechenden Plänen für den Sprach- und Schulunterricht sowie die Arbeitsvermittlung. Das Problem, meinte die Tageszeitung »Rzeczpospolita«, bestehe eben darin, dass Polen nicht auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus fremden Kulturkreisen vorbereitet sei.

Auch der Vergleich makroökonomischer Daten zeigt, dass Polen, ähnlich wie andere mittelgroße und wirtschaftlich starke Staaten, durchaus das Potential für eine verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen hat. Außerdem braucht das Land dringend mehr Handwerker, einfach qualifizierte Arbeiter und Haushaltshilfen, da viele von diesen das Land in Richtung Westen verlassen haben. Hinzu kommt die Alterung der Gesellschaft. »Die Aufnahme von Muslimen, die aufgrund von Quoten zugeteilt werden, ist in Polen keine gravierende materielle und organisatorische, sondern eine mentale Herausforderung«, schrieb Marek Ostrowski im Wochenmagazin »Polityka«. In der Tat.

## Kontroverse Stimmungen in der Gesellschaft

Bei aller notwendigen Vorsicht gegenüber Umfragen enthalten sie doch gewisse Hinweise auf Denkweisen in der Bevölkerung. Die Erhebungen zeigen, dass die polnische Öffentlichkeit gegenwärtig so stark polarisiert ist wie seit langem nicht mehr. Geradezu feindlich stehen sich nationalkonservative und liberale Meinungen gegenüber.

Aus einer Umfrage des Instituts *Millward Brown* geht hervor, dass es 53 Prozent der Befragten für eine moralische Pflicht halten, Flüchtlinge aufzunehmen. Aber ebenso stehen 54 Prozent einer Aufnahme ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüber. 22 Prozent wollen dies überhaupt nicht, 32 Prozent plädieren für die Aufnahme einiger hundert Flüchtlinge, 18 Prozent für einige tausend und 9 Prozent für mehr als zehntausend. Ablehnend äußern sich vor allem Menschen auf dem Lande, Männer und junge Leute. Zustimmung kommt eher von Personen mit höherer Bildung in den größeren und mittleren Städten sowie teilweise auch von älteren Menschen.

Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS)* zeigt weiterhin, dass sich die Haltung der Polen gegenüber Flüchtlingen in den letzten Wochen verschlechtert hat. So teilte *CBOS* mit, dass inzwischen 38 Prozent der Befragten strikt gegen die Aufnahme von Flüchtlingen seien. Vermutlich hängt dies damit zusammen, dass die von den Fernsehsendern immer wieder gezeigten Bilder von den dramatischen Szenen in den südosteuropäischen Transitländern und an deren Grenzen, die ursprünglich eher Mitleid hervorriefen, inzwischen zunehmen auf Skepsis stoßen.

Aufhorchen ließ auch eine Umfrage im Auftrag der »Gazeta Wyborcza« an der Warschauer Universität die zeigte, dass fast drei Viertel der dort Studierenden eher eine negative Einstellung zu Muslimen haben und die Hälfte sogar meint, Muslime würden den Wohlstand und die traditionellen Werte Polens gefährden. 80 Prozent gaben an, keinerlei muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger zu kennen.

Aus einer Untersuchung des Instituts *Ipsos* für die Ausländerbehörde geht hervor, dass gerade einmal 19 Prozent der Polen in den letzten zwölf Monaten Kontakt zu Ausländern gehabt haben. Gefragt, welche Ausländer ihnen kulturell am nächsten stünden, verwiesen 61 Prozent auf die Bewohner Westeuropas, 48 Prozent auf die Amerikaner und Kanadier sowie 47 Prozent auf die Ukrainer. Nur 14 Prozent erklärten dies auch für Afrikaner und Vietnamesen sowie 12 Prozent für Araber.

Die Spitze des Eisberges der Fremdenfeindlichkeit zeigte sich am 12. September, als in Warschau, Danzig (Gdańsk) und in anderen polnischen Städten Demons-

trationen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen stattfanden. Der größte dieser Aufmärsche, an dem nach Polizeiangaben zirka 7.000 Menschen teilnahmen, fand im Zentrum Warschaws statt. Etwa 1.000 Teilnehmer versammelten sich zu einer Gegendemonstration.

Drastisch formulierte der bekannte Publizist Jacek Żakowski: »Im Spiegel der Flüchtlinge haben wir unser schreckliches Gesicht gesehen. Nicht nur das fremdenfeindliche, rassistische und islamfeindliche. Ebenso – ohne Rücksicht auf die Hintergründe – das egoistische, selbstverliebte, grausame, ängstliche, aggressive und paranoide. Schlechtes in jedweder Hinsicht. Das ist nicht das Gesicht des ganzen Polen und aller Polen. Aber jenes Gesicht, das in verschiedenen Zusammenhängen und Formen die polnische öffentliche Sphäre ergriffen hat, die polnische Politik beherrscht und die Kultur der Dritten Republik dominiert.«

### Bürgerkrieg der Worte in der Politik

Schon bald, nachdem die ersten Migrantenströme Deutschland erreicht hatten, wurde die Flüchtlingskrise zum wichtigsten Streitpunkt zwischen der Regierung und der Opposition. Zunächst jedoch verhielten sich Ministerpräsidentin Ewa Kopacz und ihre Regierung reserviert und vieldeutig. Polen, so die Regierungschefin, sei solidarisch und werde bei der Flüchtlingskrise helfen. Allerdings könne man höchstens 2.000 Flüchtlinge aufnehmen, betonte sie. Von der EU vorgegebene Quoten für die Aufnahme lehnte sie ab. Mit Blick auf Deutschland betonte Ewa Kopacz, man müsse darauf achten, dass das eigene Handeln nicht eine unkontrollierte Welle von Wirtschaftsflüchtlingen auslöse. Polen könne sich die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen nicht leisten.

Auch Polens Staatspräsident Andrzej Duda setzte die klassische polnische Formel gegen Quoten, die in Brüssel bestimmt werden: »Nichts über uns ohne uns.«

Sogar der Publizist Marek Ostrowski von der liberalen »Polityka« warb um Verständnis: »Das Pech will es so, dass die schwierigste Phase der Migrationskrise mit dem Wahlkampf zusammenfällt. Das ist keine Zeit für normale Gespräche, und unsere Partner in der Union sollten verstehen, dass der Standpunkt der polnischen Regierung, die nicht damit einverstanden ist, vorbehaltlos per 'Juncker-Plan' bestimmten Ländern Flüchtlingsquoten zuzuteilen, nicht mit mangelnder Bereitschaft zu Solidarität gleichzusetzen ist, sondern der Versuch ist, guten Willen mit politischem Realismus zu verbinden.«

Schließlich trat Ewa Kopacz die Flucht nach vorn an und erklärte, Polen wolle freiwillig bis zu 12.000 Flüchtlinge aufnehmen. Polen, sagte sie, »kann nicht so tun, als ginge uns das alles nichts an. Wir sind ein Teil Europas.« Es gebe keinen Widerspruch zwischen der Fürsorge

für die eigenen Bürger und der Hilfe für Menschen, die sich aus Kriegsgebieten retten wollten. Gleichzeitig formulierte die Regierungschefin drei Bedingungen: Europas Außengrenzen müssten gesichert werden, man müsse zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten unterscheiden, und die polnischen Behörden müssten jeden unter Sicherheitsgesichtspunkten überprüfen können.

Auch Außenminister Grzegorz Schetyna erklärte in einem Artikel für verschiedene europäische Zeitungen, Polen sei bereit, freiwillig mehr Flüchtlinge aufzunehmen als ursprünglich von der EU-Kommission gefordert. Europa müsse solidarisch zusammenhalten, gleichzeitig aber auch gemeinsame Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit seiner Grenzen treffen. Schetyna griff den Vorschlag von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier auf, dass Deutschland und Polen in der Flüchtlingskrise zusammenarbeiten sollten, und fügte hinzu, die deutsch-polnischen Beziehungen stünden beispielhaft für Zusammenarbeit und freundschaftliche Nachbarschaft.

Mehrere Gründe dürften Ewa Kopacz zum Umdenken bewogen haben. So spürte sie, dass ihre anfänglich abwehrende Haltung zu einem Ansehensverlust Polens im Westen geführt hat. Des Weiteren ist es ein offenes Geheimnis, dass der EU-Ratsvorsitzende Donald Tusk, Vorgänger von Frau Kopacz im Amt des Ministerpräsidenten und als Vorsitzender der *Bürgerplattform*, maßgeblich am Umdenken der Regierungschefin und ihrer Regierung beteiligt war. Schließlich hat Ewa Kopacz die Meinungsumfragen in Rechnung gestellt, die zeigen, dass zumindest ein Teil der polnischen Bevölkerung bereit ist, Flüchtlinge aufzunehmen. Außerdem ist ihr klargeworden, dass die polnische Hilfsbereitschaft gerade auch ein Mittel ist, ihrer *Bürgerplattform*, die ja bislang weit hinter der massiv fremdenfeindlichen Partei *Recht und Gerechtigkeit* von Jarosław Kaczyński liegt, bei der Parlamentswahl am 25. Oktober viele jener Wähler wieder zuzuführen, die ihr nach und nach die Gefolgschaft verweigert haben. Ein weltoffenes, europäisches und liberales Polen steht hier gegen ein verschlossenes, eigenbrötlerisches, nationalkonservatives Polen.

Tatsächlich ist *PiS* die Speerspitze fremdenfeindlicher Stimmungen in der polnischen Gesellschaft. In einer Rede vor dem Sejm hat Jarosław Kaczyński den Untergang des Abendlandes ausgerufen, sollten die Flüchtlingsströme nicht konsequent abgewehrt werden, und vor der akuten Gefahr eines islamisierten Polen gewarnt. Die Einwanderer, so Kaczyński, würden unverzüglich Zonen der Scharia ausrufen, wie dies in Schweden und anderen europäischen Staaten schon geschehen sei. Die Regierung Kopacz sei bereit, Menschen aufzunehmen, die nur darauf warteten, »Kirchen zu Toiletten« zu machen, wie man dies jetzt schon in Italien und

anderswo beobachten könne. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán habe Recht mit der Bemerkung, dass Deutschland diesen »Mechanismus« geschaffen habe, der die Flüchtlinge anziehe, betonte der *PiS*-Vorsitzende. »Ergo ist das sein Problem, nicht unseres.«

Kaczyński nutzte seine von solchen Invektiven gespickte Rede für die Schärfung des ideologischen Profils seines nationalkonservativen Lagers. Geht es ihm um die Schaffung einer neuen *Endecja* nach dem Vorbild der gleichnamigen national-radikalen Bewegung der Zwischenkriegszeit, die Polen mit ihrem Provinzialismus an den Rand Europas gebracht hatte, mit einem krankhaften Patriotismus, der alles vermeintlich Polenfeindliche ausschalten wollte?

### Wenig Erfahrung mit Ausländern

Als Person ist Kaczyński das beste Beispiel dafür, dass Polen kaum Erfahrungen mit Ausländern hat und dass viele Menschen jedwede Andersartigkeit als Bedrohung und Gefahr für ihre polnisch-katholische Identität und Sicherheit empfinden. Demgegenüber haben Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Schweden in den letzten Jahrzehnten reichhaltige Erfahrungen mit kultureller Andersartigkeit gesammelt.

Der Politikwissenschaftler Aleksander Smolar schrieb in einem Beitrag für die »Gazeta Wyborcza«: »Bis 1989 war unsere Gesellschaft nach außen hin regelrecht abgeriegelt und auch danach kam sie nicht mit bedeutenden Migrationsbewegungen aus entfernten Ländern in Berührung. Bis vor kurzem waren Menschen anderer Hautfarbe und mit asiatisch geprägten Augen sogar auf Warschauer Straßen eine Sensation und provozierten aufdringliche Blicke. In einer Situation, in der es immer wieder zu terroristischen Anschlägen [...] seitens apokalyptischer islamistischer Sekten kommt, ruft das nicht gekannte Fremde hysterische Reaktionen hervor. Nationale Homogenität vermittelt ein Gefühl der Sicherheit, auch wenn diese in der gegenwärtigen, dynamischen und globalisierten Welt eigentlich nicht aufrechterhalten werden kann.«

Es bleibt noch, auf die soziale Frage zu verweisen. Viele Menschen in Polen, die eher zu den Verlierern der neuen marktwirtschaftlichen Zeiten gehören, begegnen der Aufnahme von Flüchtlingen mit Sozialneid. Da es ihnen selbst eher schlecht geht, sehen sie nicht ein, dass man Flüchtlingen, selbst wenn ihr Schicksal noch härter ist, helfen soll.

Kaczyński, so scheint es jedenfalls, hat sein Vehikel gefunden, mit dem er unbedingt die Wahl am 25. Oktober gewinnen will. Die Begleitmusik zu seinen Äußerungen lieferte unter anderem die *PiS*-Kandidatin für das Amt der Regierungschefin, Beata Szydło, die in einem Radio-Interview erklärte, Deutschland wolle mit sei-

nem Vorgehen Europa erpressen. Der Vorsitzende der *PiS*-Fraktion im Sejm, Mariusz Błaszczak, wiederum erklärte, Polen habe nie Kolonien besessen und deshalb auch keine Verpflichtungen gegenüber Einwanderern. Und der frühere *PiS*-Abgeordnete und jetzige Parlamentskandidat der *Bürgerplattform* Ludwik Dorn nannte Viktor Orbán den »einzigen wahren Europäer«. Publizistische Unterstützung für *PiS* liefern immer auch Zeitungen und Zeitschriften wie etwa »Do Rzeczy« und »Wprost«.

### »Schisma in der polnischen Kirche«

Die anderen Parteien wie der Regierungspartner *Polnische Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) und das oppositionelle Linksbündnis mit der *Demokratischen Linksalianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) an der Spitze behandelten die Flüchtlingskrise eher wie eine heiße Kartoffel, die man besser nicht anfassen sollte. Ihre Erklärungen in der Sejm-Debatte und in der Öffentlichkeit blieben vage. Sprecher wie Stanisław Żelichowski (*PSL*) und Tadeusz Iwiński (*SLD*) betonten zwar, dass Polen Flüchtlinge aufnehmen müsse, machten aber keine genaueren Angaben zu Zahlen und Begleitumständen. Ein parteiübergreifendes Gespräch über die Flüchtlingskrise und die Aufgaben Polens, das Ministerpräsidentin Kopacz vorgeschlagen hatte, lehnten *PiS*, *PSL* und *SLD* ab. Die Regierungschefin hatte dafür mit der Bemerkung geworben, die Flüchtlingskrise sei eben nicht ein Problem der Regierung, sondern aller politischen Kräfte und der ganzen Gesellschaft.

Ähnlich wie Gesellschaft und Politik ist auch die katholische Kirche Polens in der Flüchtlingsfrage tief gespalten. Die »Gazeta Wyborcza« konstatierte sogar ein »Schisma in der polnischen Kirche«. So veröffentlichte das Präsidium der Polnischen Bischofskonferenz eine Erklärung, in der zur Hilfe für die Flüchtlinge aufgerufen wird. Der Text beginnt mit der Bitte, für den Frieden in der Welt und für alle Flüchtlinge zu beten, die ihr Vaterland verlassen hätten, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten. Ohne einen Adressaten zu benennen, plädieren die Bischöfe für weitergehendes Handeln zur Beseitigung der Ursachen von Krieg und Elend. Gleichzeitig erinnern sie daran, dass vor allem »die weltliche Macht«, also der Staat, für die Flüchtlinge verantwortlich sei. Von katholischer Seite sei insbesondere die Caritas angesprochen, die mit den staatlichen Stellen kooperieren solle.

Zusätzlich erklärte der Primas der katholischen Kirche, Wojciech Polak, man solle allen Flüchtlingen unabhängig von ihrer Religion helfen. Erzbischof Stanisław Gądecki, Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz, rief alle Pfarreien dazu auf, sich auf Flüchtlinge vorzubereiten, und der Vorsitzende des Rates der Bischofs-

konferenz für Migration, Pilgerschaft und Tourismus, Bischof Krzysztof Zadarko, stellte fest, selbst die Aufnahme von 30.000 Flüchtlingen wäre kein Problem für Polen.

Das ist die eine Seite. Die andere besteht darin, dass es viele katholische Priester und Pfarrer gibt, die sich ablehnend oder gar hasserfüllt über Flüchtlinge äußern – nicht selten von der Kanzel. Muslime sind für sie Barbaren, die morden und vergewaltigen, die Städte demolieren und das Kreuz schänden. Diese Kleriker scheuen auch nicht davor zurück, die freundliche und hilfsbereite Haltung des Papstes und der polnischen Bischöfe gegenüber den Flüchtlingen öffentlich zu kritisieren.

Jenseits der »großen Politik« und der Kirche äußern sich an vielen Stellen in der Gesellschaft immer wieder Solidarität und Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen. Das gilt zum Beispiel für Beamte bzw. Abgeordnete auf lokaler und regionaler Ebene ebenso wie für Nichtregierungsorganisationen. So lud der Stadtpräsident (Oberbürgermeister) von Stolp (Słupsk), Robert Biedroń, Flüchtlinge ein, ihre Kinder in die Schulen der Stadt und der ganzen Region zu bringen. Wie die Behörden seiner Stadt seien auch die in anderen Städten und Gemeinden in der Lage, Flüchtlinge aufzunehmen. Intellektuelle und Politiker aus Ostmitteleuropa, darunter die früheren polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski und Bronisław Komorowski, appellierten an die Regierungen und Gesellschaften, den Flüchtlingen zu helfen. Der Warschauer Politologe Radosław Markowski verwies darauf, dass Solidarität mit den Flüchtlingen auch etwas mit Eigennutz zu tun haben könne, in dem Sinne, dass Polen durchaus zusätzliche gute Fachkräfte wie etwa Ärzte, Ingenieure und Übersetzer gebrauchen könne (siehe auch den polnischen Beitrag zur Diskussion von Zbigniew Bujak in dieser Ausgabe – d. Red.).

### Historische Hintergründe der Angst vor Fremdheit

Europaweit Beachtung fand die Tatsache, dass Polen bei dem Sondergipfel der EU-Innenminister am 22. September den Mehrheitsbeschluss zur Verteilung von 120.000 Flüchtlingen mittrug, während die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Rumänien dagegen votierten. Das Einlenken Warschaus hatte sich schon abgezeichnet, nachdem Ministerpräsidentin Ewa Kopacz am Sonntag zuvor im öffentlich-rechtlichen polnischen Fernsehen erklärt hatte, Polen sei ein Teil Europas und müsse in der Flüchtlingskrise solidarisch sein.

Während dieses Abstimmungsverhalten in den anderen Visegrád-Staaten (Slowakei, Ungarn, Tschechische Republik) auf scharfe öffentliche Kritik stieß, wurde die polnische Regierung im Westen überwiegend gelobt. So sagte der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, die Regierung von Frau Kopacz habe sich verantwortungsvoll gezeigt. Polen könne in der Flüchtlingsfrage eine Brückenfunktion zwischen dem Osten und dem Westen einnehmen. In Polen warf die *PiS*-Spitzenkandidatin Szydło der Regierung vor, in Brüssel die Visegrád-Gruppe betrogen zu haben, und der *PiS*-Abgeordnete Witold Waszczykowski sagte, die Regierung habe die Einheit der Visegrád-Gruppe deshalb perfide durchbrochen, weil sie wisse, dass die regionale Zusammenarbeit für Präsident Andrzej Duda Priorität genieße. Beide vergaßen geflissentlich zu erwähnen, dass diese Gruppe schon lange ein kümmerliches Schattendasein fristet und ihre Mitglieder wiederholt europapolitische Alleingänge unternahmen. Hinzu kommt, dass sie auch gegenüber Russland alles andere als einheitlich handelt.

Das Verhalten der polnischen Regierung in Brüssel zeigte einmal mehr, dass die im Westen und gerade auch in Deutschland vielfach geäußerte Kritik an Polens vermeintlich mangelnder europäischer Solidarität in der Flüchtlingskrise voreilig und überzogen bzw. undifferenziert war.

Hinter dieser Kritik stand vielfach die Unkenntnis über die Beweggründe mancher Teile der polnischen Gesellschaft. Ganz entscheidend ist dabei die enorme Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert, das Wissen um die Bedrohung für das eigene Staatswesen. Die entfesselte Gewalt im Zweiten Weltkrieg mit Holocaust, Umsiedlungen und Vertreibungen sowie die Politik der kommunistischen Machthaber ab 1945 haben Polen ethnisch homogenisiert. Außerdem waren der nationale Zusammenhalt und ein entsprechendes kulturelles Selbstverständnis immer auch entscheidend für den erfolgreichen Widerstand gegen die Sowjetmacht.

So ist die Flüchtlingskrise auch für Polen eine Stunde der Wahrheit. Bestimmte Bewusstseinsstrukturen und weltanschauliche Auffassungen in Gesellschaft und Politik treten nun deutlicher hervor, als dies bisher der Fall war. In der polnischen Diskussion wird auch immer wieder darauf hingewiesen, dass bei aller Wahrung nationaler und kultureller Traditionen Polen die Flüchtlingskrise auch als Chance begreifen sollte, die Schaffung einer weltoffenen und aufgeklärteren Gesellschaft voranzutreiben.

#### Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politikwissenschaftler, lebt als freier Publizist in Warschau und Berlin. 2014 erschien seine Biographie »Bronisław Geremek: der Stratege der polnischen Revolution« im Berliner Wissenschafts-Verlag.

## Immigranten – Chance oder Problem?

Zbigniew Bujak, Warschau

Der massenhafte Zustrom von Menschen aus islamischen Ländern und aus den Ländern Afrikas ist eine große Chance für Europa. Er verweist nämlich auf eine fundamentale Eigenschaft der Länder des »Alten Europa«: Es sind gut geführte Länder. Folglich werden sich in diese Länder sowie in einige andere euroatlantische Kulturen (USA, Kanada, Australien, Neuseeland) Intellektuelle und Ärzte, Ingenieure und Wissenschaftler aus den übrigen Ländern der Welt aufmachen. Auch gewöhnliche Bürger, die ein sicheres Leben für ihre Familien suchen, werden diese ansteuern. In ihrem Verständnis enthalten die Werte der islamischen Kultur einen wesentlichen Mangel – so das Signal des Exodus an die Eliten der islamischen Länder. Dieser Mangel hat zur Folge, dass in den Ländern Europas mit seiner europäischen Kultur auch Moslems die Chance auf ein normales Leben suchen.

Dieser Exodus ist gleichzeitig ein Signal an die europäischen Eliten. Erstens, dass es »Europa« in jenen Regionen der Welt bereits gab und dass das, was nach jenem »Europa« übrig blieb, nicht ausreichte, um sowohl effektive Staaten als auch effektive öffentliche Dienste aufzubauen. Zweitens schafft es »Europa« auch gegenwärtig nicht, den Eliten anderer zivilisatorischer Gebiete sein Know-how des Regierens und Verwaltens zu vermitteln. Zu den Eliten von Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Irak usw. gehören viele Personen, die an den europäischen und amerikanischen Universitäten ausgebildet wurden. Baschar al-Assad ist hier ein ausgezeichnetes Beispiel. Bevor er ein blutiger Diktator Syriens wurde, war er ein englischer Gentleman. Man kann also eine europäische Universität absolvieren, man kann in Europa Dutzende Jahre leben und arbeiten und blind und taub dafür bleiben, was in Europa das Wesentliche der Regierungs- und Verwaltungskunst ist. Die Leistungsfähigkeit, die Höflichkeit und damit auch das erfolgreiche Handeln der öffentlichen Dienste der Länder des (alten) Europa fassen wir als etwas Selbstverständliches auf. Indessen lässt sich gerade hieran festmachen, was die einzigartige zivilisatorische Tugend Europas ist. Ich habe in Ägypten, Tunesien, Syrien, Libyen usw. niemanden getroffen, der gefragt hätte, woher diese Effektivität und Höflichkeit der europäischen Beamten kommt. Auch in unseren postkommunistischen Ländern schlägt dieser kulturelle Habitus nur mit größter Mühe auf das Bewusstsein der Regierenden durch.

Die Revolutionen in Nordafrika mit ihrem dramatischen Ende sollten eine Schlüsselerfahrung für die Eliten dieser Länder und auch für die Eliten des »Alten Europa« sein. Jahrzehntlang überzeugten die politischen und

religiösen Führer dieser Region die Europäer und Amerikaner, dass wir die islamische Kultur nicht verstehen, dass diese auf anderen Werten gründet, dass es nicht erlaubt ist, ihr die Rechtsprechung und die Institutionen der euroatlantischen Kultur aufzudrängen. Plötzlich zeigt sich, dass sich eine Welle von Emigranten in Bewegung setzt, wenn sich nur ein Grund oder sei es auch nur ein Vorwand und damit auch eine Chance auf politisches Asyl in den euroatlantischen Ländern auftut. Suchen sie nur Sicherheit, Arbeit, bessere Einkünfte? Wer so denkt, baut eine mentale Barriere auf, über die hinaus er nicht in der Lage ist, tiefere Gründe und damit auch die große Chance, die die Emigranten sein können, zu sehen.

Die großen Hoffnungen, die eine erfolgreiche Revolution sehr schnell in den Bürgern weckt, verwandeln sich einige Monate später in eine noch größere Wut auf die neue Elite. Ich selbst war Teilnehmer, Zeuge und Beobachter dieses Phänomens in Polen, der Ukraine, Belarus, Tunesien, Ägypten, Afghanistan und im Irak. Ich verstehe die Enttäuschung über die zunichte gemachten Hoffnungen. Hier liegt ein ganz einfaches Phänomen zugrunde. Für die siegreiche Elite, für die neuen Machthaber ist der institutionelle Umbau des Landes wichtig. Sie beginnen daher die Arbeiten an einer neuen Verfassung, der Reformierung des Parlaments, sie bauen ein Parteien- und ein Wahlsystem auf, strukturieren die Ministerien und andere staatliche Organe um. Dieser Prozess dauert viele Jahre. Für die Bürger ist in dieser Zeit etwas ganz anderes wichtig. Am wichtigsten ist, wie die öffentliche Verwaltung an dem Ort, wo er, der Bürger, seine Angelegenheiten regelt, arbeitet. Er will ein Unternehmen gründen, ein Haus bauen oder umbauen, sein Auto anmelden, seine Kinder im Kindergarten oder in der Schule anmelden, er fürchtet um die Sicherheit seiner Familie oder seines Besitzes. Auf dieser Ebene beobachtet und bewertet der Bürger, ob sich die erwartete »revolutionäre Veränderung« vollzieht oder nicht. Leider vergehen wieder Monate, wenn nicht gar Jahre und wir sehen, dass sich die Arbeitskultur der öffentlichen Verwaltung nicht verändert, obwohl das hätte sein sollen. Das sollte doch »unser Staat« sein! Wir sollten frei sein! Unterdessen verfolgen uns die Polizei, das Finanzamt, die Zollbehörde und andere Aufsichtsbehörden mit Kontrollen wie früher. Häufig gibt es sogar noch mehr als früher. Es sollte Gerechtigkeit herrschen – aber die Angelegenheiten in den Gerichten dauern noch länger, die Prozesse ziehen sich über Jahre. Wir wollten Würde, aber wir fühlen uns immer noch in jeder Behörde wie »Menschen zweiter Klasse«. Wir sind immer noch Objekte, die ver-

schiedenen Kontrollen und Aufsichten unterliegen, aber wir sollten doch als vertrauenswürdige Bürger behandelt werden – von den Behörden und Diensten UNSE-RES Landes. Hat die neue Elite also betrogen? Nein!

- Allein das Regieren in einem Staat freier Bürger ist eine Kunst, die die Eliten über Jahrzehnte lernen.
- Einen demokratischen Staat mithilfe öffentlicher Dienste zu verwalten, ist eine Fähigkeit, die das Gegenteil der bisherigen autoritären Methoden ist.
- Das Leiten von Kontroll- und Aufsichtsbehörden erfordert in einem demokratischen Staat mit freier Marktwirtschaft eine vollkommen andere Beziehung zum Bürger, eine andere Behandlung des Bürgers und seiner Aktivitäten.

Worauf beruht das? Es lässt sich gut anhand der euroatlantischen Länder beobachten. Das Bedürfnis des Bürgers nach Freiheit, Gerechtigkeit und Würde wird hier über den Grundsatz des Vertrauens, die Rolle der öffentlichen Verwaltung als Dienstleister, den Grundsatz der Subsidiarität befriedigt. Deshalb finden Emigranten in den Ländern des »Alten Europa«, in Neuseeland, Australien, Kanada und den USA einen freundlichen Ort zum Leben. Sogar wenn sie dort Demütigungen erleben, ziehen sie diese Länder ihren eigenen Ländern vor. Kann man dieses Problem lösen? Kann man den sich reformierenden Ländern und ihren postrevolutionären Eliten helfen, so dass die Bürger im Land bleiben wollen und die Hoffnung auf ein freies, gerechtes und würdiges Leben mit ihrem eigenen Land verbinden? Selbstverständlich! Europa verfügt ja über einen enormen Fundus an Wissen und Fertigkeiten, mit Sklaverei und Feudalismus, mit den Totalitarismen jeglicher Couleur und Gewalt zurechtzukommen

Wir haben zum Glück einen Schlüssel und Erfahrungen, die uns erlauben, die Prozesse der Systemveränderung in den Ländern wirksam zu unterstützen, die sich aus Diktatur und einer rückständigen Wirtschaft befreien. Wie schon erwähnt, stürmen die Flüchtlinge, die einen Ort für ein würdiges Leben suchen, die Grenzen der Staaten der alten Demokratie. Was ist an diesen Ländern so anziehend? Meiner Meinung nach ist es die Kultur des öffentlichen Lebens, die Arbeitskultur der Verwaltung, die Arbeitsprinzipien der Sicherheitsorgane, die Kultur, Rechtstreitigkeiten zu prüfen und zu beurteilen, die Kultur der freien Marktwirtschaft. Und schließlich, was für die wirtschaftliche Entwicklung Schlüsselbedeutung hat, die Arbeitskultur der Steuer- und Zollbehörden. Auch die Freiheit der Wissenschaft, der Künste und des Wortes. Ich verwende den Begriff »Kultur«, weil er ausreichend weit ist und am besten die zivilisatorische Distanz wiedergibt, die die Länder, die sich aus ihrem autoritären oder gar totalitären Erbe herausarbeiten, von den Ländern der Demokratie und freien Marktwirtschaft trennt. Ich bin mir vollkommen bewusst, dass eine neue

Verfassung und freie Wahlen nicht ausreichen, um sagen zu können, dass eine Systemveränderung stattgefunden hat. Eben aus diesem Grund bewerte ich das europäische Beratungsprogramm für EU-Beitrittskandidaten als sehr positiv. In dessen Rahmen konnte jeder Ministerpräsident, Minister und Behördenleiter um die Zuweisung eines Beraters ersuchen, der half, die Rolle und die Arbeitsgrundsätze der betreffenden Behörde unter Berücksichtigung der besten Praktiken und Erfahrungen der Länder der »alten EU« zu gestalten. Das Ziel war eines: den freien und aktiven Bürgern freundliche Handlungsbedingungen zu schaffen.

Hier sehe ich die bedeutende Rolle der Länder der »alten EU«. Die Institution und Erfahrung der »Vorbeitritts-Beratung« ist ein hervorragendes Beispiel für effektive Hilfe bei dieser immens schwierigen Aufgabe. Daher sollten wir gar nicht überlegen, wie viele Immigranten für Praktika in der Finanz-, der Zollbehörde, bei der Polizei und in den örtlichen Selbstverwaltungsorganen aufgenommen werden sollten. Jeder Interessierte sollte an dem Ort Praxiserfahrungen sammeln, wo er später seine Aufgabe bei der Modernisierung seines Heimatlandes sieht.

Geben die polnischen Transformationserfahrungen noch genauere Hinweise, worauf man sich konzentrieren muss? Ich denke, ja. In erster Linie müssen die *Finanzbehörden* umgestaltet werden, denn ihre Arbeitskultur hat Einfluss auf alle Handlungsbereiche des Bürgers, auf die Handlungsbedingungen aller Institutionen des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens, auf das Schulwesen, das Gesundheitswesen und selbstverständlich auf die Bedingungen, eine wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben. Hier bin ich der Meinung, dass diejenigen Länder, in denen die Arbeitskultur und die Erfahrungen der Finanzbehörden auf höchstem Niveau sind, die Aufgabe übernehmen sollten, Schulungen und Praktika für Emigranten durchzuführen, mit denen vertragsmäßig vereinbart wird, dass sie nach Beendigung des Konflikts in ihrem Land dorthin zurückkehren werden. An erster Stelle denke ich hier an Großbritannien, die Bundesrepublik und die skandinavischen Länder.

Das gleiche gilt für den *Zoll*. Den genannten Ländern würde ich Frankreich hinzufügen, denn es hat gute Erfahrungen bei der Reformierung des Zolls und bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Die Veränderung der Arbeitskultur und -ziele betrifft auch die *Polizei*. Ich denke, hier ist Großbritannien unersetzlich. Gleichzeitig erfordert die Konzipierung einer Politik der inneren Sicherheit tiefgehende Veränderungen. In postautoritären Ländern herrscht die Überzeugung, dass dies die Aufgabe der Polizei sei. Das Bewusstsein, dass dies die Aufgabe der Zivilbehörden auf unterschiedlichen Stufen ist, dringt nur mit Mühe in das

Bewusstsein der Bürger, der intellektuellen Eliten und der Angehörigen des Staatsapparats durch. Die Anleitung zu einem angemessenen Denken über die innere Sicherheit, die Vermittlung von organisatorischen und koordinierenden Fertigkeiten in diesem Bereich sind sehr schwierige Aufgaben. Ich denke, dass die Stadtverwaltungen verschiedener europäischer Länder hier die idealen Orte sind, um diese Fertigkeiten zu üben.

Die *Organe der territorialen Selbstverwaltung* sind ebenfalls ein sehr guter Ort, um die Rolle und die Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Behörden und Nichtregierungsorganisationen kennenzulernen. Hier lässt sich auch demonstrieren, wie in der Praxis der Grundsatz der Subsidiarität umgesetzt wird. Auch wenn das Prinzip einfach und verständlich zu sein scheint, stößt seine Umsetzung in die Regierungs- und Verwaltungspraxis postautoritärer Länder auf ernstzunehmende mentale Barrieren. Hier macht sich die Abneigung, Macht abzugeben, bemerkbar. Dieses Syndrom betrifft alle, wenn sie Macht innehaben, auch hochgebildete und reflektierte Bürger bleiben davon nicht verschont.

Eine Schlüsselrolle bei der Modernisierung nehmen Behörden des Typs eines *Obersten Rechnungshofes* ein. In dieser Behörde sollte die Auseinandersetzung mit systemeigenen Fehlern beim Regieren des Staates und der Verwaltung seiner Organe entwickelt werden. Hier gilt es in erster Linie, die Kontrollmethoden aufzuheben und qualitative Aufsichtsverfahren (Audit) einzuführen. Der autoritäre Grundsatz, dass wir Fehler suchen, um die Schuldigen zu fassen und zu bestrafen, muss durch das zivilisierte Prinzip ersetzt werden, dass wir Fehler und Irrtümer suchen, um sie zu korrigieren. Die Reformierung der Prinzipien der Tätigkeit einer obersten Kontrollbehörde ist für die Durchführung effektiver Reformen in allen Bereichen der Systemtransformation unerlässlich. Hier sind die europäischen Erfahrungen von unschätzbarem Wert.

Als größtes Hindernis bei der Modernisierung eines Landes und seiner Administration können sich die *Medien* erweisen. Hier beurteilen Journalisten das Handeln der Verantwortlichen auf allen Ebenen. Ihre Bezugspunkte sind leider nicht die Lösungen, die aus den Ländern der entwickelten Demokratie und der freien Marktwirtschaft bekannt sind, sondern vielmehr die Vorstellungen davon, wie es sein sollte. Allerdings sind gute Lösungen meistens anders als intuitive Überzeugungen. Die Intuition führt uns fast immer in Richtung autoritärer Lösungen und Methoden. Zu unterscheiden ist diese Intuition von einer Intuition, die auf fundiertem Wissen aufbaut, gestützt von guten Praktiken, und die uns erlaubt, in neuen Situationen und gegenüber neuen Phänomenen angemessen zu reagieren. Ich bin daher der Auffassung, dass das »Praxisprogramm« in den administrativen Behörden der demokratischen Länder für Immigranten beson-

dere Aufmerksamkeit auf die zukünftigen Journalisten und Repräsentanten anderer Institutionen der öffentlichen Meinung verwenden sollte. Letztere sind vor allem Vertreter des Bereichs der Wissenschaft, das heißt der Universitäten. An den Universitäten sollten kontinuierlich Untersuchungen zu den Dilemmata der Modernisierung stattfinden. Dort sollten vergleichende Studien zu unterschiedlichen Handlungsbereichen der Behörden und Institutionen derjenigen Länder durchgeführt werden, deren Grenzen mit Entschlossenheit von Bürgern gestürmt werden, die einen Ort für ein würdiges Leben suchen. Die Unterstützungsprogramme für die vergleichenden Studien sollten Priorität in der Politik der Länder mit entwickelter Demokratie und freier Marktwirtschaft haben.

### Zusammenfassung

Freiheit, Gerechtigkeit und Würde – das war das Motto, das der *Solidarność* zehn Millionen Mitglieder beschert hatte. Das Bedürfnis nach Freiheit, Gerechtigkeit und Würde führt Menschen auf allen Kontinenten unabhängig von Kultur, Religion und Wohlstand auf die »Plätze der Freiheit«. Ich habe diese Losungen auf dem Tiananmen, dem ukrainischen Maidan, dem ägyptischen Tahrir gesehen. Vor dem polnischen Hintergrund weiß ich auch, dass ihre Umsetzung tiefgehende Veränderungen in der Arbeitskultur der öffentlichen Verwaltung und staatlichen Behörden auf der untersten Stufe erfordert, das heißt dort, wo der Bürger seine für ihn wichtige Angelegenheiten erledigen will. Jedes Land, das eine grundsätzliche Transformation durchführt, braucht tausende Beamte und Funktionsträger mit entsprechendem Wissen und Können, um die moderne Dienstleistungsfunktion der öffentlichen Verwaltung einzuführen. Haben wir in der Europäischen Union und den Ländern des euroatlantischen Raums die Möglichkeiten, solche Kader vorzubereiten? Ich denke, ja. Wir schauen dann anders auf die Immigranten. Es sind mutige, aktive, unternehmerische und entschlossene Menschen. Sie haben alle Eigenschaften, um Wissen und Fähigkeiten eines modernen öffentlichen Verwaltens zu erlangen, die für ihre Länder so notwendig ist. Werden sie wieder zurückgehen, um ihrem Land zu dienen? Ich denke, ja. Ein Land, das effektive Reformen durchführt, ist gleichzeitig ein Land mit den größten Möglichkeiten. Diese Chance erfassen am besten die Emigranten. Sehr wichtig und geschätzt sind aber auch die, die bleiben. Gerade sie helfen bei der Entwicklung der Wirtschaft durch Handel, kulturelle und wissenschaftliche Kontakte und die Entwicklung des Tourismus.

Notwendig ist das Wissen über die Quellen der zivilisatorischen Entwicklung und eine entsprechende Sensibilität, um das Problem wahrzunehmen und zu verstehen. Notwendig ist eine starke europäische politische

Führung, mit Mut, Phantasie und Entschlossenheit, um zu zeigen, dass die Immigranten nicht ein Problem sein müssen, sondern eine große Chance für einen zivilisatorischen Sprung ihrer Heimatländer sein können, aber auch der Länder, von denen sie in der Not aufgenommen wurden. Man muss ihnen nur erlauben, Wissen

und Praxiserfahrungen des täglichen Lebens und der Verwaltung in verschiedenen Bereichen der Administration der Länder unserer guten »alten EU« und anderer demokratischer, marktwirtschaftlich orientierter Länder aufzunehmen.

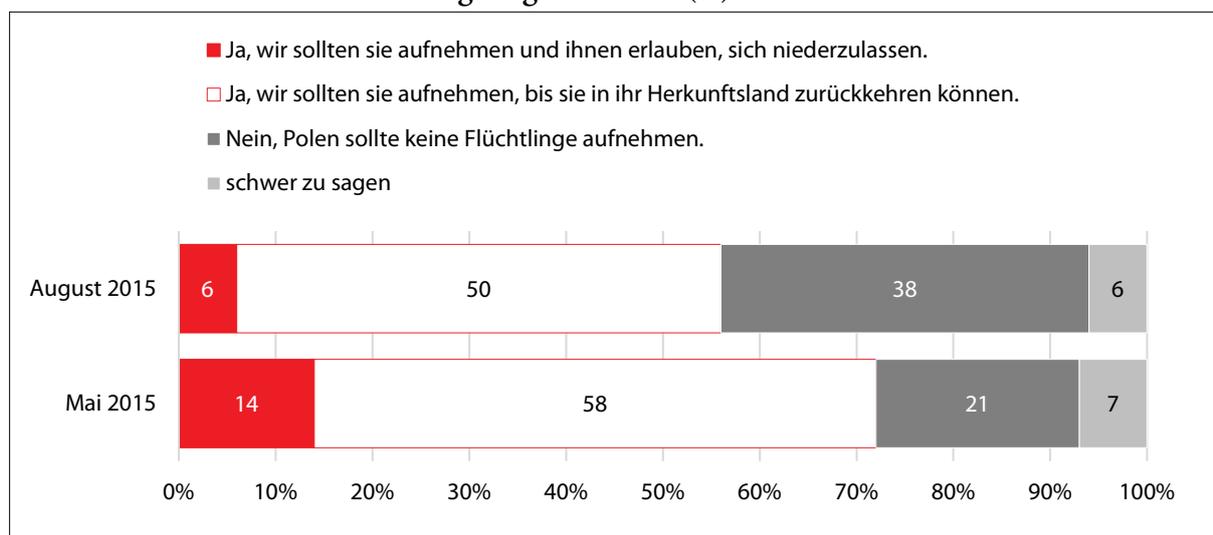
*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

#### *Über den Autor*

Zbigniew Bujak arbeitete in den 1970er Jahren in Warschau in einem Betrieb des Kombinats »Ursus«. Ab 1979 war er Mitarbeiter des oppositionellen KSS »KOR« (Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung »Komitee zur Verteidigung der Arbeiter«/Komitet Samoobrony Społecznej »Komitet Obrony Robotników«). Im Juli 1980 organisierte er das Streikkomitee in seinem Betrieb. Nach den »Danziger Vereinbarungen« vom August 1980 war er Mitbegründer der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft *Solidarność* (*NSZZ Solidarność*) und deren Vorsitzender in der Woiwodschaft Warschau. Er entging der Inhaftierung nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 und lebte viereinhalb Jahre im Untergrund. 1986 für 100 Tage inhaftiert, wurde er infolge einer Amnestie freigelassen. Er war Teilnehmer der Gespräche am Runden Tisch. Von 1991–93 und 1993–97 Sejm-Abgeordneter. 1999–2001 Vorsitzender des Zollhauptamtes und verantwortlich für die Anpassung der Behörde an die EU-Standards. Zbigniew Bujak ist seit zwei Jahrzehnten Beobachter von Revolutionen und Reformen in verschiedenen Ländern der Welt, ihrer Bedingungen und Dynamik.

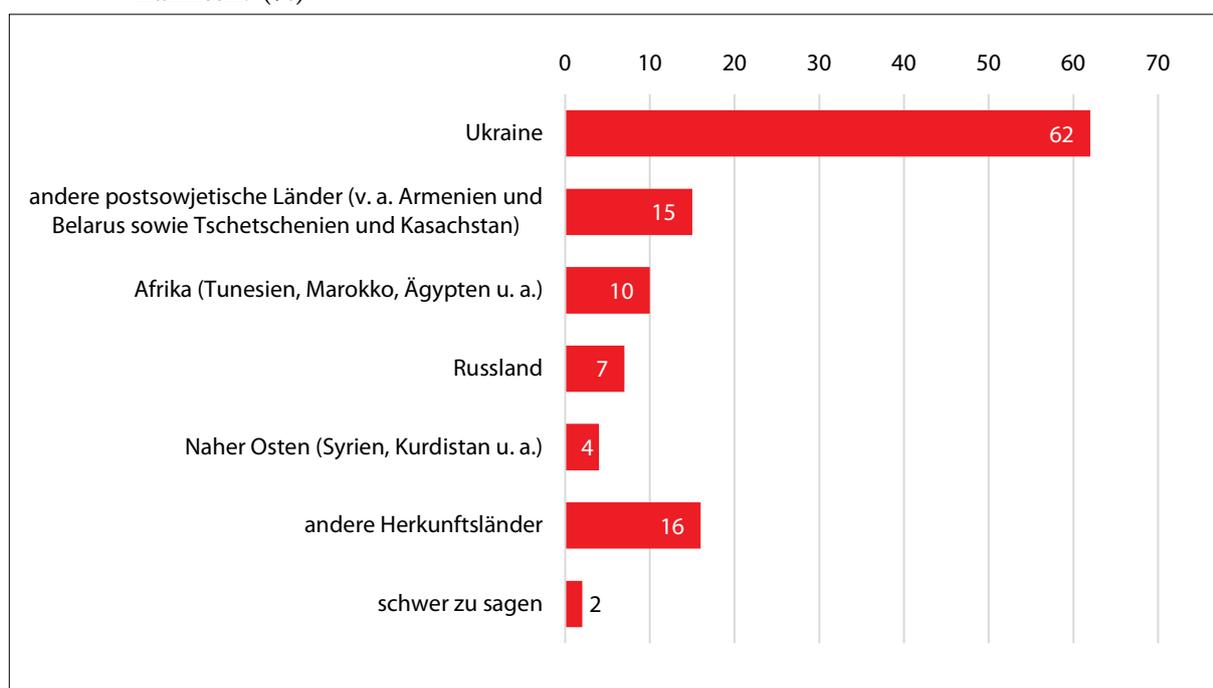
## Umfragen zur Einstellung gegenüber Flüchtlingen

**Grafik 1: Sollte Polen Ihrer Meinung nach Flüchtlinge aus Ländern aufnehmen, in denen bewaffnete Konflikte ausgetragen werden? (%)**



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 122/2015: *Stosunek do uchodźców w kontekście kryzysu migracyjnego w Europie [Die Haltung zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Immigrationskrise in Europa]*. Warszawa 09/2015. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

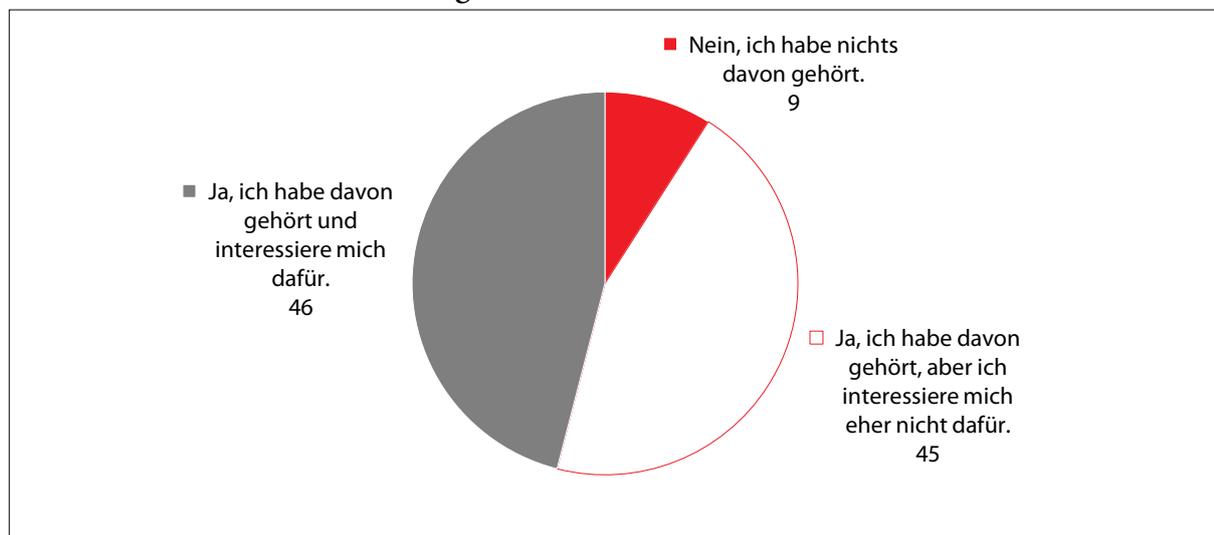
**Grafik 2: Aus welchem Land stammen/stammten die Flüchtlinge, die Sie persönlich kennen/kanntem? (%)**



Anm.: Die Summe ergibt mehr als 100 Prozent, da die Befragten mehr als eine Person angeben konnten.

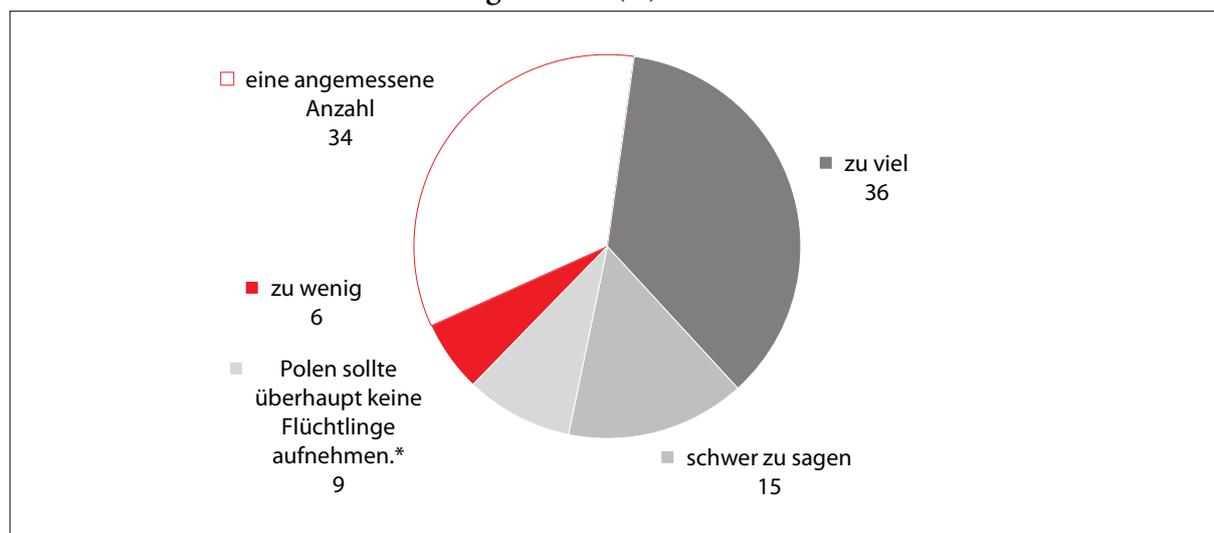
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 122/2015: *Stosunek do uchodźców w kontekście kryzysu migracyjnego w Europie [Die Haltung zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Immigrationskrise in Europa]*. Warszawa 09/2015. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Grafik 3: Haben Sie davon gehört, dass in die südlichen EU-Länder (v. a. Italien und Griechenland) sehr viele Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika kommen? (%)**



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 122/2015: Stosunek do uchodźców w kontekście kryzysu migracyjnego w Europie [Die Haltung zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Immigrationskrise in Europa]. Warszawa 09/2015. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

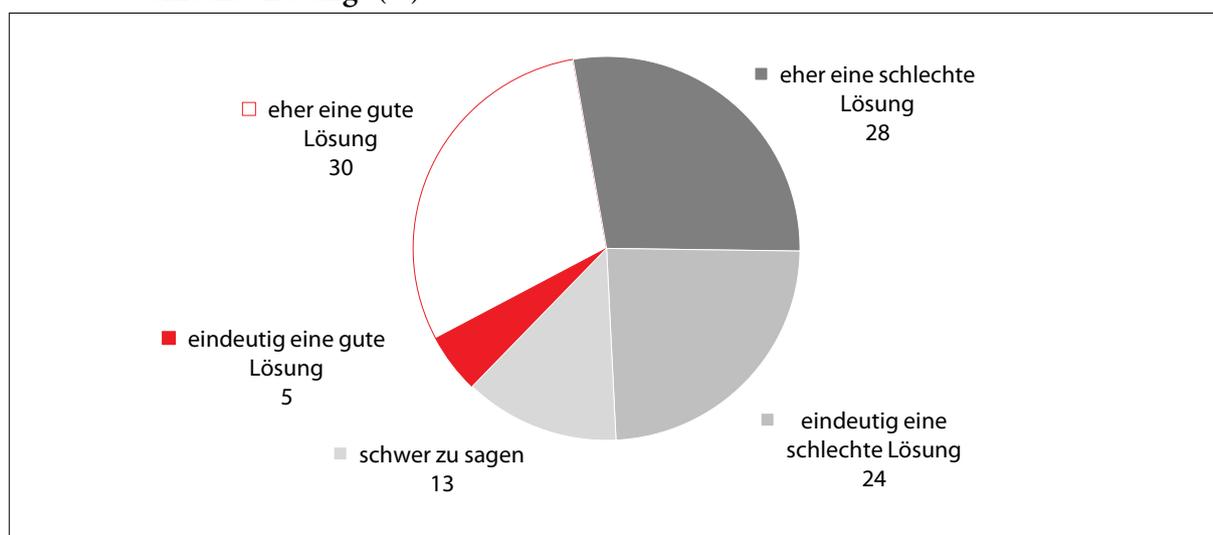
**Grafik 4: Die polnische Regierung hat erklärt, dass Polen innerhalb von zwei Jahren 2.000 Flüchtlinge aufnehmen wird. Hat die Regierung eine angemessene Anzahl angegeben oder nicht? 2.000 Flüchtlinge sind... (%)**



Anm.: Diese Antwort wurde vom Interviewer nicht vorgelesen. Sie wurde nur dann vermerkt, wenn der Befragte sie spontan gab.

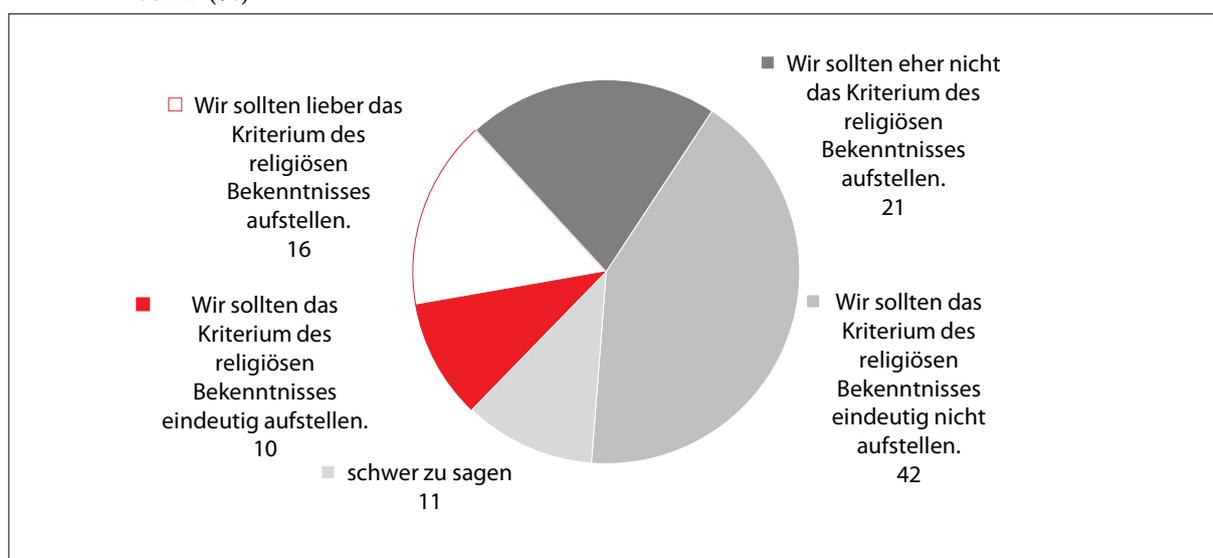
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 122/2015: Stosunek do uchodźców w kontekście kryzysu migracyjnego w Europie [Die Haltung zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Immigrationskrise in Europa]. Warszawa 09/2015. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Grafik 5: Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, dass die EU-Länder die Flüchtlinge, die in die EU kommen, untereinander aufteilen. Ist Ihrer Meinung nach die Zuweisung einer bestimmten Anzahl von Flüchtlingen an jedes Land eine gute oder eine schlechte Lösung? (%)**



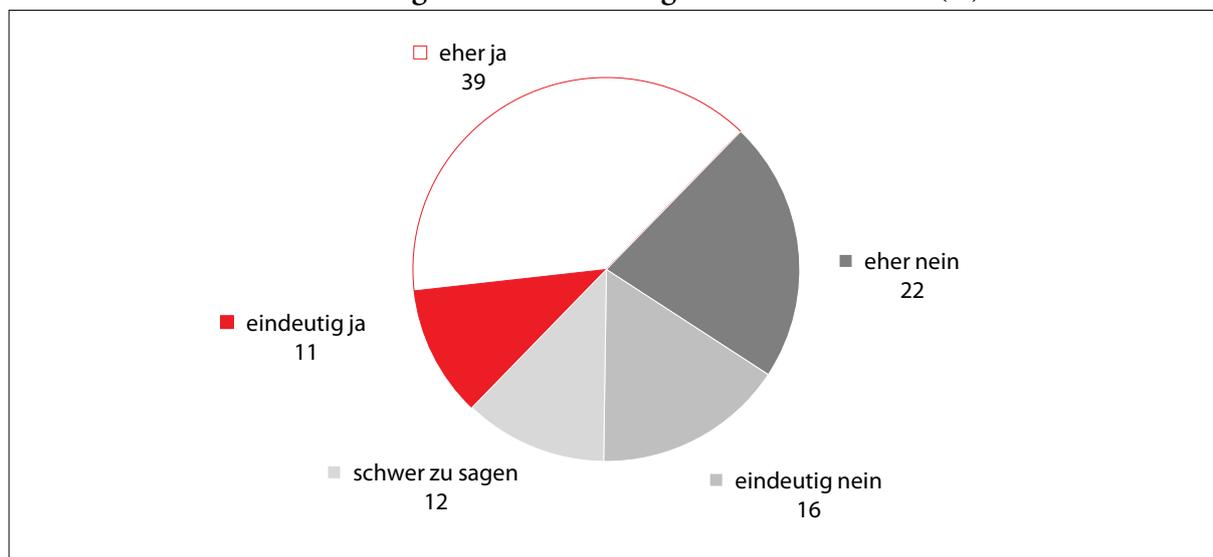
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 122/2015: Stosunek do uchodźców w kontekście kryzysu migracyjnego w Europie [Die Haltung zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Immigrationskrise in Europa]. Warszawa 09/2015. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Grafik 6: Sollte Polen Ihrer Meinung nach nur Flüchtlinge aufnehmen, die Christen sind, oder sollte das religiöse Bekenntnis kein Kriterium bei der Aufnahme von Flüchtlingen sein? (%)**



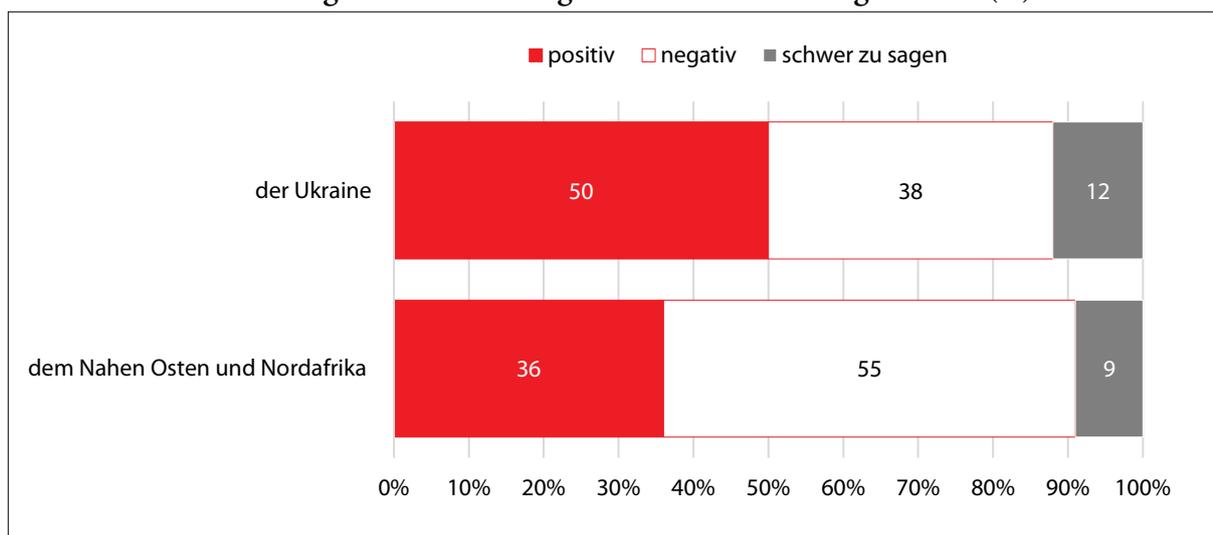
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 122/2015: Stosunek do uchodźców w kontekście kryzysu migracyjnego w Europie [Die Haltung zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Immigrationskrise in Europa]. Warszawa 09/2015. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Grafik 7: Im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ostukraine wurde auch eine wachsende Flüchtlingsanzahl aus diesem Land festgestellt. Sollte Polen Ihrer Meinung nach ukrainische Flüchtlinge aus den Konfliktgebieten aufnehmen? (%)**



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 122/2015: Stosunek do uchodźców w kontekście kryzysu migracyjnego w Europie [Die Haltung zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Immigrationskrise in Europa]. Warszawa 09/2015. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Grafik 8: Die Einstellung zu von Polen aufgenommenen Flüchtlingen aus... (%)**



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 122/2015: Stosunek do uchodźców w kontekście kryzysu migracyjnego w Europie [Die Haltung zu Flüchtlingen im Zusammenhang mit der Immigrationskrise in Europa]. Warszawa 09/2015. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

## 15. September 2015 – 5. Oktober 2015

15.09.2015	Präsident Andrzej Duda trifft sich in London mit dem britischen Premierminister David Cameron. Beide würden darin übereinstimmen, dass die aktuelle Flüchtlingswelle nach Europa an ihren Ursachen in den Herkunftsländern bekämpft werden müsse, so Duda. Außerdem sei die Bedeutung der Entwicklung der NATO-Infrastruktur, insbesondere die Stärkung der Ostgrenze des Bündnisses, bekräftigt worden.
16.09.2015	Nach neuesten Daten der alle zwei Jahre veröffentlichten Sozialdiagnose (Diagnoza Społeczna) geben jeder fünfte Arbeitslose und jeder dreizehnte Berufstätige an, in den kommenden zwei Jahren für Zwecke der Erwerbstätigkeit aus Polen emigrieren zu wollen. Dies sind 7% der Polen im Alter von 16 Jahren und älter (2013: 8%). Die Sozialdiagnose untersucht seit dem Jahr 2000 die Lebensbedingungen und Lebensqualität der Polen.
17.09.2015	In Warschau wird das Katyn-Museum offiziell eröffnet. Anwesend sind Präsident Andrzej Duda, Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak, Parlamentarier und Angehörige der Familien der Opfer. Der Besuch des Katyn-Museums wie auch des Museums des Warschauer Aufstands gehören zum Pflichtprogramm für Soldaten der Polnischen Armee im ersten Dienstjahr. 1940 waren vom sowjetischen Geheimdienst NKWD mehrere Tausend Angehörige der Polnischen Armee und anderer uniformierter Dienste in Katyn und Umgebung ermordet worden. Erst 1990 Jahren hat sich die UdSSR offiziell zu ihrer Verantwortung für den Massenmord bekannt.
18.09.2015	Finanzminister Mateusz Szczurek und der Präsident der Europäischen Investitionsbank, Werner Hoyer, unterzeichnen zwei Kreditverträge, nach denen in den Jahren 2015/2016 940 Mio. Euro für Innovations- und Entwicklungsprojekte von Forschungseinrichtungen, Universitäten und Unternehmen bereitgestellt werden.
20.09.2015	In einer Fernsehansprache aus Anlass der anhaltenden Flüchtlingsbewegung nach Europa stellt Ministerpräsidentin Ewa Kopacz klar, dass die Sicherheit des Staates und das Sicherheitsgefühl der polnischen Familien Priorität haben. Die polnische Regierung müsse zwar nicht die Hilfsmaßnahmen anderer EU-Länder unterstützen, sie sollte dies aber in Hinblick auf die europäische Solidarität tun. Polen werde selbst entscheiden, wem es Hilfe zuteilwerden lässt, nämlich nicht Wirtschaftsmigranten, sondern Flüchtlingen aus Kriegsgebieten. Es werde sich um eine symbolische Zahl handeln, die geringer sein wird als in den 1990er Jahren, als Polen ca. 80.000 Flüchtlinge aus Tschetschenien aufgenommen hat. Die Kosten für den Aufenthalt der Flüchtlinge in Polen würden aus EU-Geldern bestritten.
21.09.2015	Die Tageszeitung »Rzeczpospolita« gibt die neuesten Daten des Umweltministeriums zu Bohrungen im Rahmen der Suche nach Schiefergas in Polen bekannt. Demnach wurden zwischen Januar und August zwei Bohrungen durchgeführt; im Jahr 2014 waren es insgesamt 15. Gründe für das sinkende Interesse seien der niedrige Ölpreis und fehlende Erfolge bei der Suche nach abbaubarem Schiefergas.
21./22.09.2015	Präsident Andrzej Duda nimmt auf Einladung von Bundespräsident Joachim Gauck am Treffen der »Arraiolos-Gruppe«, das sind EU-Staatsoberhäupter, die eher repräsentative Aufgaben haben, in Eisenach und Erfurt teil. Thematisiert wird die aktuelle Flüchtlingskrise. Gauck appelliert an die Regierungen der EU-Länder, die aktuell in Brüssel auf EU-Ebene über die Problematik beraten, konkrete Verabredungen über den Umgang der EU mit der Flüchtlingsbewegung zu treffen. Duda unterstreicht, dass die Situation in den Herkunftsländern verbessert werden müsse, um dort Emigration zu verhindern.
23.09.2015	Die Kandidatin von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für das Amt der Ministerpräsidentin, Beata Szydło, übt scharfe Kritik an der Entscheidung der Regierung, weitere 4.500 Flüchtlinge zusätzlich zu der bereits beschlossenen Zahl von 2.000 in Polen aufzunehmen. Trotz gegenteiliger Versprechungen habe die Regierung die Position der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), nur freiwillig Flüchtlinge aufzunehmen, verlassen. Die angekündigte Zahl werde infolge von Familienzusammenführungen noch sehr viel größer, so Szydło. Hintergrund ist der Sondergipfel der EU-Innenminister am Vortag, bei dem beschlossen wurde, 66.000 Flüchtlinge der erwarteten Anzahl von 120.000 auf die EU-Länder zu verteilen.
24.09.2015	Der Sejm stimmt dagegen, Zbigniew Ziobro, 2005 bis 2007 Justizminister und Generalstaatsanwalt in der Regierung von Jarosław Kaczyński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), wegen damaligen Amtsmissbrauchs zu politischen Zwecken vor das Staatstribunal zu stellen. Zu diesem Vorwurf war der parlamentarische Ausschuss für verfassungsrechtliche Verantwortung gekommen. Ein entsprechender Antrag war im Jahr 2012 von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) gestellt worden.
25.09.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz verteidigt die Mehrheitsentscheidung der EU-Mitgliedsländer Mitte der Woche, die erwartete Anzahl von 120.000 Flüchtlingen auf die EU-Länder zu verteilen, als demokratisch und solidarisch. Die Aufnahme von Flüchtlingen, die wegen Gefahr für Leib und Leben fliehen, sei eine menschliche Pflicht, sich dem zu verweigern eine antieuropäische Haltung.

28.09.2015	Am Rande der 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York verurteilen Staatspräsident Andrzej Duda und sein ukrainischer Amtskollege Petro Poroschenko das Vorhaben der prorussischen Separatisten in der Ostukraine, Wahlen im Donbas-Gebiet durchzuführen. Nicht entsprechend den Minsk II-Vereinbarungen abgehaltene Wahlen müssten mehr technisch-militärische Hilfe für die Ukraine und eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber Russland nach sich ziehen.
29.09.2015	Die Regierung verabschiedet den Haushalt für 2016. Angenommen wird ein Wirtschaftswachstum von 3,8% bei einem Beschäftigungsanstieg um 0,8%. Die Inflationsrate wird auf 1,7% veranschlagt. Schätzungen zufolge wird das Haushaltsdefizit 54,6 Mrd. Zloty nicht übersteigen.
30.09.2015	Schatzminister Andrzej Czerwiński teilt mit, dass die Regierung die hundertprozentige Übertragung der Aktien des Kohlekonzerns Kompania Węglowa in die Finanzgesellschaft Silesia (Towarzystwo Finansowe Silesia) beschlossen hat. Dies garantiere die Existenz der Kompania Węglowa, während neue Investoren gesucht werden, um schließlich die Umstrukturierung in die Nowa Kompania Węglowa durchzuführen. Dieser Schritt entspreche den Vereinbarungen mit Gewerkschaftsvertretern der Bergbaubranche im Januar.
02.10.2015	Nach einem Treffen mit seinem slowakischen Amtskollegen Andrej Kiska spricht sich Präsident Andrzej Duda dafür aus, dass sich die Mitglieder der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) einstimmig gegen den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 aussprechen. Dieses deutsch-russische Vorhaben habe weitreichende politische Implikationen, die u. a. den polnischen und slowakischen Interessen entgegenstünden, so Duda.
03.10.2015	Wirtschaftsminister Janusz Piechociński, Vorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), gibt das Ziel der PSL bekannt, bei den Parlamentswahlen am 25. Oktober 12% der Wählerstimmen zu erhalten, um dann eine Koalition mit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu forcieren.
04.10.2015	Das Bündnis Vereinigte Linke (Zjednoczona Lewica) stellt auf ihrem Parteitag in Lodz (Łódź) Barbara Nowacka als Spitzenkandidatin für das Bündnis im Wahlkampf für die Parlamentswahlen am 25. Oktober auf. Wesentliche Punkte des Programms sind eine Verkleinerung des Sejm und die Auflösung des Senats, Rentenerhöhungen, Änderungen im Steuersystem und die vollständige Trennung von Staat und Kirche.
05.10.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz bekräftigt die Priorität des Energieträgers Kohle für die Energiesicherheit Polens und die Reformierung des Kohlesektors in diesem Zusammenhang. Abgesehen davon verfolge Polen auch sein Atomenergieprogramm weiter.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. [www.isp.org.pl](http://www.isp.org.pl)

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2015 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)